

- ▶ Kolumne
- ▶ Binnenmarktakte

Seite 1

- ▶ Europäisches Naturschutzgesetz
- ▶ EU-Patente

Seite 2

- ▶ Wegweiser Europa
- ▶ Termine
- ▶ Aufgelesen
- ▶ Impressum

Seite 4

Lieber Leser, Liebe Leserin,

das Spiel der Rechten mit den Ängsten der Bürger und Bürgerinnen unter dem Stichwort „Fremdarbeiterinvasion“ ist inakzeptabel, anti-demokratisch und schlichtweg falsch. Auch in den achtziger Jahren als Griechenland, Portugal und Spanien der EU beitraten, wurden derartige Horrorszenarien über die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union verbreitet. Heute, über 25 Jahre später, sehen wir uns wieder mit denselben Anfeindungen und Parolen konfrontiert. Diese dienen den braunen Schlägern jedoch nur dazu, Aufmerksamkeit zu erregen.

Der brutale Übergriff in Winterbach im Rems-Murr-Kreis vom 10. April zeigt das wahre Gesicht der Rechtsradikalen. Ihnen geht es in keiner Weise um das Wohl des „Volks“, sondern allein darum, Hass und Gewalt zu schüren. Doch wir müssen uns auch Fragen gefallen lassen, wie wir als Gesellschaft mit derartigen Vorfällen umgehen.

Wir müssen Vorurteile und Klischees endlich überwinden und gemeinsam für Demokratie, Völkerfreundschaft und Toleranz und gegen Hass, Gewalt und Diktatur eintreten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre




Foto: J. Fiedler

Evelyne Gebhardt bei ihrer Eröffnungsrede zur Ausstellung „Wir in Europa - Das Europa der Bürgerinnen und Bürger“ in Murrhardt am 29. April.

Klarer Erfolg im Kampf für die soziale Dimension Sozialdemokraten verankern soziale Dimension in der Binnenmarktakte

Stärker im Sinne der Bürger und Bürgerinnen und mit Fokus auf die Sorgen der Verbraucher und Verbraucherinnen soll die Vollen- dung des europäischen Binnen- markts zukünftig erfolgen. Dafür hat sich das Europäische Parla- ment mit breiter Mehrheit in seinen drei Resolutionen über die sogenannte ‚Binnenmarktakte‘ am Mittwoch 6. April in Straßburg ausgesprochen, um das Vertrau- en der Menschen in den Binnen- markt und damit in die EU wiederherzustellen.

Dass die Forderung nach einem sozialen Europa stärker im Mittel- punkt der drei eingebrachten

Entschliefungen steht, ist vor allem auf den Druck der S&D- Fraktion im Europaparlament zu- rückzuführen. Denn die nun vom Plenum angenommenen Texte unterscheiden sich in zentralen Punkten von der Version, die Mitte März im Binnen- marktausschuss ohne die Stim- men der Sozialdemokraten ange- nommen wurde. „Nach langem Ringen konnten wir nun doch eine Stärkung der sozialen Di- mension des Binnenmarktes in den Berichten durchsetzen“, freu- te sich Evelyne Gebhardt, SPD- Europaabgeordnete und Spre- cherin der Sozialdemokraten im

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, nach der Abstimmung.

„Insbesondere muss die EU-Kommission endlich die entscheidende Bedeutung der sozialen Rechte im Binnenmarkt anerkennen und die sozialen Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung in den Mittelpunkt stellen. Daher ist es wichtig, dass wir als Parlament die Kommission nun einmal mehr an die bereits im Lissabon-Vertrag verankerte Sozialklausel erinnern und eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte und des sozialen Dialogs in Europa fordern“, so Evelyne Gebhardt weiter.

Auch in einem weiteren wichtigen Punkt konnten sich die Sozialdemokraten gegen den Widerstand von Konservativen und Liberalen durchsetzen: So enthält die Resolution zu „Ein Binnenmarkt für die europäischen Bürger“ die klare Aufforderung an die Kommission und die Mitgliedstaaten, endlich geeignete sektorspezifische Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Daseinsvorsorge für die Menschen in der EU zu ergreifen. „Eine universelle und qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge ist unverzichtbarer Bestandteil einer sozialen Marktwirtschaft, die die Wirtschaft in den Dienst der Menschen stellt und nicht umgekehrt. Wir fordern die Kommission auf, endlich das Projekt eines sozialen Europas voranzubringen, da wir nur so wieder mehr Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern gewinnen können“, so Evelyne Gebhardt.

Darüber hinaus fordern die Parlamentarier eine leichtere grenzüberschreitende Anerkennung

von Berufsqualifikationen, die Schaffung eines Europäischen Kompetenzpasses und die vollständige Übertragbarkeit von Rentenansprüchen innerhalb der EU. Die drei angenommenen Resolutionen sind eine erste Reaktion des Parlaments auf die im Oktober 2010 vom EU-Kommissar Michel Barnier vorgestellte Binnenmarktakte und enthalten Empfehlungen an die Kommission für die seit Mitte April folgenden konkreten Gesetzesmaßnahmen und Initiativen.

„Ein Europäisches Naturschutzgesetz ist notwendig“

Mit Blick auf die in dieser Woche vorgestellte neue Biodiversitätsstrategie 2020 der EU-Kommission fordert der SPD-Europaabgeordnete und Vorsitzende des Umweltausschusses im Europäischen Parlament Jo Leinen einen umfassenden Ansatz für den Artenschutz: „Die klassischen Instrumente allein reichen nicht aus. Wir müssen alle Nutzungsarten des Naturkapitals, von Landwirtschaft und Fischerei bis hin zur Wasser- und Bodennutzung, in ein Regelwerk einbinden.“

Das gesamte natürliche Kapital sei von Umweltzerstörung und Artenverlust bedroht. Die jetzt vorgelegten Kommissionsvorschläge zum Arten- und Naturschutz müssten deshalb stärker durch gesetzliche Regelungen abgesichert werden. „Vorgaben zum Schutz bestimmter Vogelarten und einzelner Lebensräume greifen zu kurz“, kritisiert Jo Leinen. „Stattdessen brauchen wir ein „Europäisches Natur-

schutzgesetz“, das den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, insbesondere für kommerzielle Zwecke, regelt“, sagt Jo Leinen.

Nach der UNO-Biodiversitätskonferenz in Nagoya/Japan brauche die EU jetzt eine gesetzliche Grundlage für die gerechte Verteilung der Gewinne aus der Nutzung natürlicher Ressourcen (sog. ABS-Protokoll).

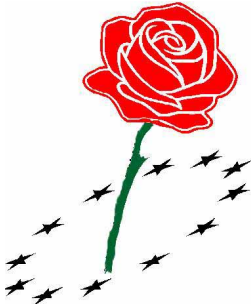
Die Ziele der neuen EU-Strategie zum Stopp des Artenverlusts und zur Wiederherstellung von Ökosystemen seien nur zu erreichen, wenn die EU-Mitgliedstaaten zudem ihre Verpflichtungen ernst nehmen und die EU-Vorgaben umsetzen, statt sie wie bisher, weitgehend zu ignorieren.

„EU-Patent: Neue Chance nutzen!“ EU-Kommission legt neuen Vorschlag für EU-Patent vor

Das einheitliche EU-Patent bekommt eine neue Chance. Die Europäische Kommission legte am Mittwoch 13. April im Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit einen neuen Vorschlag für die Einführung eines EU-Patents vor.

Mit diesem Schritt soll der jahrelange Streit um das Sprachenregime, der zu einer Blockade beim EU-Patent geführt hatte, überwunden werden. Künftig muss bei einer europaweiten Patentanmeldung eine Übersetzung in Deutsch, Englisch oder Franzö-

(Fortsetzung auf Seite 3)



(Fortsetzung von Seite 2)

sich erfolgen. Teure Übersetzungen in alle anderen EU-Amtsprachen sind nicht erforderlich.

Der Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten und rechtspolitische Sprecher der S&D-Fraktion Bernhard Rapkay, der vom Rechtsausschuss zum Berichterstatter für die Patentverordnung ernannt worden ist, begrüßte den Kommissionsvorschlag: „Das EU-Patent bekommt eine neue Chance. Diese müssen wir jetzt nutzen. Europa braucht dringend ein einheitliches Patent, um im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir können uns dabei keinen kleinlichen Sprachenstreit auf dem Rücken der Erfinder und Unternehmen leisten.“

Nach jahrelanger Diskussion im Rat hatten sich 25 von 27 EU-Mitgliedstaaten im Vorfeld für das Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit ausgesprochen. Dabei können auf Ratsebene zwar alle Mitgliedstaaten an den Beratungen teilnehmen, letztlich dürfen aber nur die Staaten über das Patent-Gesetz abstimmen, die sich auch an der Verstärkten Zusammenarbeit beteiligen und für die das neue Patent-Gesetz auch bindend sein wird. Nur so konnte die anhaltende Blockadehaltung aus Spanien und Italien überwunden werden. Für die Entscheidung im Europäischen Parlament sind gleichwohl alle Abgeordneten stimmberechtigt.

Bernhard Rapkay dazu: „Das Verfahren der Verstärkten Zusammenarbeit ist zwar nur eine Behelfslösung. Ich hätte mir eine gesamteuropäische Lösung gewünscht. Ich bin aber zuversicht-

lich, dass das neue EU-Patent langfristig eine Sogwirkung auch auf die beiden Staaten haben wird, die sich wegen ihrer Sprachvorbehalte vorerst nicht beteiligen. Das Patent hat viele Vorzüge, die sich durchsetzen werden. Gerade kleine und mittlere Unternehmen werden von einer kostengünstigen Anmeldung profitieren. Eine europaweite Anmeldung verspricht zudem deutlich weniger Bürokratie und mehr Rechtssicherheit“, so Bernhard Rapkay abschließend.

Hintergrund: Das Gesetzespaket zum EU-Patentrecht besteht aus drei Rechtsvorschriften: Die eigentliche Patentverordnung, die Regelung zum Sprachenregime und der Vorschlag zur Patentgerichtsbarkeit. Während die EU-Kommission am 13. April nur die beiden ersteren Entwürfe vorgestellt hat, befindet sich der neue Vorschlag zur Gerichtsbarkeit noch in der Überarbeitung.

Bedenken, die der EuGH Anfang März in seinem Gutachten geäußert hat, sollen dabei berücksichtigt werden. Mit einer Veröffentlichung ist voraussichtlich Ende Mai zu rechnen.

"Umfassende Stress-tests notwendig"

SPD-Europaabgeordnete warnen vor Aufweichung der Stresstests

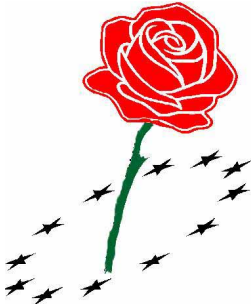
Als skandalös kritisierte der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange die Vorschläge der Vereinigung der Westeuropäischen Aufsichtsbehörden, Atommeiler im Rahmen der geplanten Stresstests nur noch daraufhin zu überprüfen, ob sie

Naturkatastrophen standhalten. „Die Befürchtungen, dass Stresstests eine bloße Beruhigungsspielle bleiben, scheinen sich zu bestätigen“, zeigte er sich enttäuscht und warnte: „Wenn sich die EU-Energieminister auf diesen Vorschlag einlassen, dann ist das angesichts der schlimmen Folgen von Fukushima unverantwortlich.“

Nach Ansicht der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament müssen die Stresstests alle erdenklichen Risikofälle umfassen. Dazu gehören u.a. Ausfälle der Stromversorgung, Terroranschläge oder menschliches Versagen.

Bernd Lange forderte den Energiekommissar Oettinger auf, den Mitgliedstaaten nicht nachzugeben und Stresstests zudem durch unabhängige Experten durchführen zu lassen. „Nur objektive, umfassende und verbindliche Stresstests können die Risiken der Atomkraft reduzieren. Dazu gehört auch, dass beim Stresstest durchgefallene Atomkraftwerke sofort und endgültig vom Netz genommen werden.“





Wegweiser Europa

Gleichstellung in der Welt

Die EU-Kommission lädt Kinder im Alter zwischen acht und zehn Jahren ein, am 5. Internationalen Zeichenwettbewerb zum Thema „Gleichstellung“ teilzunehmen. Zur Frage „Wie können Jungen und Mädchen, Männer und Frauen die Welt gemeinsam zu einem besseren Ort machen“ können Kinder aus der ganzen Welt ihre Zeichnungen an die EU-Delegationen schicken. Die Frist für die Einreichung der Werke endet am 20. Mai 2011.

Das Europa der Europäer

Dieses Buch stellt die Ergebnisse eines Forschungsprojektes von 2006 bis 2009 über die Einstellungen der Bürger in vier Ländern (Frankreich, Deutschland, Italien und Polen) zu Europa vor. Welche Besonderheiten gibt es in den einzelnen Ländern? Welche Bedeutung haben die historischen Erfahrungen dabei? Untersucht wurden verschiedene Milieus, um auch innerhalb der Länder Unterschiede in Bezug auf Europa und EU herauszuarbeiten. Die Publikation ist ein wichtiger Beitrag zur Vielfalt der Einstellungen zu Europa und will die Distanz der Bürger zur EU erklären.

Gaxie, Hube, Lassalle, Rowell. Das Europa der Europäer – Über die Wahrnehmung eines politischen Raumes

Terminhinweise

6. Mai, 18.30 Uhr

Was? Europa Bewegungstag“ der LandFrauen. Bundesweite Auftaktveranstaltung „Unterwegs zu neuen Chancen“

Wo? Wolpertshausen, Europasaal

7. Mai, 10.30 Uhr

Was? Treffpunkt Europa

Wo? Kiliansplatz Heilbronn

7. Mai, 12.00 Uhr

Was? Landesparteitag

Wo? Sindelfingen

7. Mai, 18.00 Uhr

Was? Einweihung der Europahalle

Wo? Wolpertshausen

9. Mai, 11.30

Was? Diskussion mit Schülern des Kreisgymnasiums Hochschwarzwald

Wo? Titisee-Neustadt

14. Mai, 10.00 Uhr

Was? Besuch und Schirmherrschaft beim zweiten Hohenloher Weltkinderfest

Wo? Grund- und Werkrealschule Künzelsau

16. Mai, 10.00 Uhr

Was? Europaweiter Schulkonferenztag, Podiumsdiskussion mit Schülern, Lehrern und Abgeordneten

Wo? Berufsschulzentrum Crailsheim

16. Mai 19.00 Uhr

Was? Gastvortrag im Rahmen der Vorlesungsreihe „Europa unsere Zukunft“ der VHS Backnang

Wo? Bürgerhaus Unterweissach, Weissach im Tal

28. Mai 18.00 Uhr

Was? 20. Jähriges Jubiläum der Partnerschaft von Ingelfingen und St. Heand

Wo? Ingelfingen Stadthalle

4. Juni, 10.00 Uhr

Was? Verleihung der Ehrenfahne des Europarats an die Gemeinde Obersulm

Wo? Obersulm

Aufgelesen

„Vom früheren SPD Fraktionschef Peter Struck stammt das Bonmot, man dürfe der Bundeskanzlerin getrost auch das Steuer eines Verkehrsflugzeuges anvertrauen, wenn den Passagieren nur egal sei, wo sie landen.“

Am 31. März aufgeschnappt im Leitartikel des Haller Tagblatts.

Impressum

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Moritz Kempel

Europabüro
Keltgasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe erscheint am 2. Juni 2011.